

INHALT

1. Gottesbezug fehlt eine Stimme zur notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit
2. Günther wirft den Grünen Scheinheiligkeit vor
3. Regierungsfaktionen lehnen Ausschussberatung über bessere Ansiedlungsbedingungen ab
4. Fracking: CDU und Regierungsfaktionen gemeinsam gegen Piraten-Antrag
5. Regierungsfaktionen wollen Anwendungsbeschränkungen für Glyphosat durchsetzen
6. CDU kritisiert mangelnde Medienkompetenzförderung
7. SPD, Grüne und SSW lehnen CDU-Antrag auf schnelle Umsetzung der Wohnortzuweisung ab

22.07.2016

Gottesbezug fehlt eine Stimme zur notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit
Alle 22 Abgeordneten der CDU-Fraktion stimmten für Gott in der Verfassung



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Am Ende fehlte eine Stimme: 45 Abgeordnete versammelten sich hinter dem Kompromissvorschlag zum Gottesbezug, der im wesentlichen auf der Formulierung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner basierte. Alle 22 CDU-Abgeordneten stimmten dafür. Bei der SPD konnte Stegner nur 13 Fraktionskollegen überzeugen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, bedauerte das Scheitern. „Es ist ausgesprochen bitter, dass die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für Gott in der Verfassung um eine Stimme verpasst wurde“, sagte er.

Die beeindruckende, breit getragene Volksinitiative habe nach langem Ringen eine Formulierung erreicht, die den Argumenten der Zweifler weit entgegen gekommen sei. Die CDU-Fraktion habe es sich nicht leicht gemacht. Sie sei weit von ihrer Wunschformulierung 'in Verantwortung vor Gott und den Menschen' abgerückt, um einen Kompromiss und damit eine Zwei-Drittel-Mehrheit zu ermöglichen. „Ich bin dankbar, dass alle Abgeordneten meiner Fraktion letztendlich zugestimmt haben. Ich bedaure, dass der Landtag diese Chance verpasst hat. Mein Dank gilt allen Mitgliedern der Initiative für so kluge Gespräche in den letzten Wochen und für die starke Mithilfe bei der Suche nach einer breit getragenen Formulierung“, so Günther.

Für die CDU bleibe das Ziel richtig, eine Demutsformel auch in unserer Verfassung zu verankern. Ob die Volksinitiative die Möglichkeit wahrnimmt, ein Volksbegehren mit dem Ziel der Volksbefragung zu starten, blieb zunächst offen.

Link zur beschlossenen Formulierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4408.pdf>

Günther wirft den Grünen Scheinheiligkeit vor Landtag lehnt Residenzpflicht für Minister ab

Schleswig-holsteinische Minister müssen weiter nicht in Schleswig-Holstein leben. Das ist das Ergebnis der Zweiten Lesung eines CDU-Gesetzentwurfs über die Einführung einer sogenannten Residenzpflicht. Nachdem die Regierungsfaktionen und die FDP erst auf eine erneute Debatte gedrängt hatten, verweigerten sie der geplanten Verfassungsänderung am Ende ihre Zustimmung.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther zeigte sich irritiert über das Verhalten der anderen Fraktionen. In Hamburg stünde die Residenzpflicht fest in der Verfassung und sei in den neunziger Jahren über die Fraktionsgrenzen hinweg beschlossen worden. „Warum bezeichnen Sie es als Spielerei mit der Verfassung, wenn wir hier in Schleswig-Holstein identisch das formulieren, was seit vielen Jahren in der Hamburgischen Verfassung steht und bis heute nicht geändert wurde?“, so Günther. Den Vorwurf, der CDU-Vorstoß sei familienfeindlich, bezeichnete er als albern.

Den Grünen warf er Scheinheiligkeit vor. In Bargteheide war zuvor ein CDU-Kandidat bei der Bürgermeisterwahl gescheitert, nachdem er erklärt hatte wegen seiner Familie und den drei kleinen Kindern nicht aus Hamburg wegziehen zu wollen. Die Grünen und ihre Landesvorsitzende Ruth Kastner stellten diese Entscheidung des Kandidaten in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes.

Das Beispiel aus Bargteheide habe gezeigt, dass das Thema des Wohnortes durchaus Relevanz habe, unterstrich Günther. Die Kampagne der Grünen sei aufgegangen. Die Wohnortentscheidung des CDU-Kandidaten habe erhebliche Auswirkungen auf das Wählerverhalten gehabt.

Anlass für den CDU-Antrag ist die Besetzung des aktuellen Kabinetts mit drei Ministern, die nicht ihren Lebensmittelpunkt in Schleswig-Holstein haben. Mit Kristin Alheit, Reinhard Meyer und Britta Ernst besteht die Landesregierung damit fast zur Hälfte aus

Nicht-Schleswig-Holsteinern.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4200/drucksache-18-4270.pdf>

Berichts- und Beschlussempfehlung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4300/drucksache-18-4358.pdf>

Regierungsfractionen lehnen Ausschussberatung über bessere Ansiedlungsbedingungen ab Unternehmensansiedlungen sind seit 2012 um 40 Prozent zurück gegangen



Johannes Callsen, wirtschaftspolitischer Sprecher

Seit drei Jahren ist die Zahl der Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein rückläufig. Entschieden sich im Jahr 2012 noch 190 für einen Standort im nördlichsten Bundesland, waren es 2015 nur noch 134. Die CDU-Fraktion sieht darin eine „besorgniserregende Entwicklung“, für die die rot-grün-blaue Landesregierung verantwortlich ist.

In einem Landtagsantrag hat die Unionsfraktion darum die Regierungskoalition aufgefordert, „die Ansiedlungspolitik zukunftsfähig auszurichten und die wissenschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.“ Dieser wurde heute von SPD, Grünen und SSW abgelehnt. Nicht einmal eine Ausschussberatung und damit verbundene Anhörung ließen die Regierungsfractionen zu.

„SPD, Grüne und SSW sind nicht einmal bereit, im Ausschuss über die Rahmenbedingungen der Unternehmen zu diskutieren. Sie blenden einfach aus, dass die Unternehmensansiedlungen seit ihrer Regierungsübernahme um 40 Prozent zurück gegangen sind. Schlechte Nachrichten wollen sie nicht wahrnehmen, deshalb verweigern sie einmal mehr eine Anhörung“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, dazu in Kiel.

Zuvor hatte er scharfe Kritik an der rot-grün-blauen Wirtschaftspolitik geübt: „Vom einstigen Ziel der CDU-geführten Landesregierung, Schleswig-Holstein zum ansiedlungsfreundlichsten Bundesland zu machen, ist diese rot-grün-blaue Landesregierung mittlerweile meilenweit entfernt.“

Der CDU-Antrag enthält acht Maßnahmen, durch die wieder mehr Unternehmen für Schleswig-Holstein entscheiden sollen. Dazu zählen beispielsweise der zügige Weiterbau der A20 und der Fehmarnbelt-Hinterland-Anbindung, ein flächendeckendes Glasfaser-Netz deutlich vor 2030 und höhere Förderquoten für Forschung und Entwicklung in den ersten fünf

Jahren.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4300/drucksache-18-4385.pdf>

Fracking: CDU und Regierungsfaktionen gemeinsam gegen Piraten-Antrag Rickers: Deutschland hat das weltweit schärfste Anti-Fracking-Gesetz

Auch nach dem Inkrafttreten des Frackinggesetzes auf Bundesebene fordern die Piraten ein grundsätzliches Verbot über das Landeswassergesetz. Gemeinsam mit den Regierungsfaktionen lehnte die CDU-Fraktion diesen Antrag heute mit der Begründung ab, „dass einer Novellierung des Landeswassergesetzes aufgrund der konkurrierenden Gesetzgebung einschließlich der insoweit vorgesehenen Abweichungsbefugnis enge Grenzen gesetzt sind.“

CDU-Umweltexperte Heiner Rickers begründete die Ablehnung: „Auf Bundesebene ist vor wenigen Wochen das weltgrößte Antifrackinggesetz von Bundesrat und Bundestag beschlossen worden. Dieses beinhaltet die immer wieder geforderte Länderklausel. Damit bestehe die Möglichkeit, Fracking in Schleswig-Holstein faktisch auszuschließen“, so Rickers.

Eine Zustimmung zum Piratenantrag würde im Ergebnis auch die Erdölförderung an der Mittelplate mit einbeziehen. „Das kann jedoch nicht Anliegen der CDU-Landtagsfraktion sein“, so Rickers.

Gemeinsamer Antrag von CDU- und den Regierungsfaktionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4473.pdf>

Regierungsfaktionen wollen Anwendungsbeschränkungen für Glyphosat durchsetzen Piraten fordern sogar sofortigen Ausstieg aus der Anwendung



Heiner Rickers, umweltpolitischer Sprecher

Mitte Juli hatte die EU-Kommission das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat für weitere 18 Monate in der Europäischen Union zugelassen. Die Piraten-Fraktion wollte nun ein Opt-Out (‘Nicht Mitmachen/Aussteigen’) erreichen. Demnach sollte die Landesregierung im Bundesrat darauf hinwirken, dass Glyphosat und glyphosatbasierte Pflanzenschutzmittel in Deutschland verboten werden. Ein Änderungsantrag der Regierungsfaktionen will bundesweit

geltende Anwendungsbeschränkungen für Glyphosat durchsetzen.

Für die CDU wies der Umweltpolitiker Heiner Rickers darauf hin, dass die Schädlichkeit von Glyphosat unverändert nicht zweifelsfrei nachzuweisen sei. Die vorliegenden Anträge hätten vor diesem Hintergrund etwas zum Ziel, was weder Bund noch Land überhaupt regeln können. „Selbst ein nationales Glyphosatverbot ist rechtlich kaum möglich. Dies belegt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages. Die Mitgliedstaaten müssten Abweichungen in der EU-Zulassungspraxis in ihrer Zone mit besonderen Umständen in ihrem Staatsgebiet begründen“, so Rickers.

Die Einschätzung der internationalen Krebsforschungsagentur IARC gelte jedoch für alle Staaten. Ein individuelles Vorgehen Deutschlands sei daher nicht zu rechtfertigen. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Einschätzung der Gefährlichkeit von Glyphosat auf einer Ebene mit Mateteer, alkoholischen Getränken und Tabakrauch. „Beschränken Sie sich, Sachverhalte zu regeln, die auch in Ihrer Kompetenz liegen – hieran überheben Sie sich“, so Rickers.

Der Piratenantrag wurde abgelehnt, der Antrag der Regierungsfractionen beschlossen.

CDU kritisiert mangelnde Medienkompetenzförderung Piraten Scheitern mit Initiative zur Verhinderung der Absenkung der GEZ-Gebühr



Dr. Axel Bernstein, medienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Die Piraten forderten in ihrem heutigen Antrag eine Beibehaltung des Rundfunkbeitrags von zurzeit 17,50 Euro. Sie befürchten, dass die in der Diskussion stehende Absenkung zu Lasten der Medienkompetenzförderung gehen könnte. Diesen Zusammenhang wies der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Axel Bernstein, zurück.

Für die Medienkompetenzförderung seien nicht die Rundfunkanstalten, sondern die Länder zuständig. Der Landesregierung warf Bernstein vor, der Medienkompetenzförderung eine zu geringe Bedeutung einzuräumen:

„Im beginnenden digitalen Zeitalter gewinnt die ohnehin hohe Bedeutung der Medienkompetenzförderung weiter an Gewicht. Es ist eine landespolitische Aufgabe, die nötigen Mittel bereit zu stellen. Da hilft kein Gerede der Regierungsfractionen über die wolkige Digitale Agenda der Landesregierung. Da helfen nur Beschlüsse im nächsten Haushalt,

um die Träger der Medienkompetenzförderung, wie beispielsweise den Offenen Kanal, vor weiteren Kürzungen zu schützen“, so Bernstein.

SPD, Grüne und SSW lehnen CDU-Antrag auf schnelle Umsetzung der Wohnortzuweisung ab Damerow: Es droht eine Überforderung der größeren Städte

SPD, Grüne und SSW haben heute den Antrag der CDU Fraktion auf eine schnelle Umsetzung der Wohnortzuweisung anerkannter Asylbewerber in Schleswig-Holstein abgelehnt. Statt dessen übten die Regierungsfractionen scharfe Kritik an dem kürzlich verabschiedeten Integrationsgesetz des Bundes. Die Koalitionsfractionen forderten die Landesregierung auf, „die integrationsfeindlichen und ausgrenzenden Elemente“ des Gesetzes abzumildern. So solle bei der Integrations- und Aufnahmepauschale des Landes nicht nach bestimmten Herkunftsländern unterschieden werden.

Zuvor hatte die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraction, Astrid Damerow, ihre Forderung nach einer Wohnsitzzuweisung bekräftigt. Die Kommunen warteten händeringend auf eine Umsetzung im Land. Damerow wies darauf hin, dass die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft begrenzt sei. Deshalb sei es wichtig sicherzustellen, dass die Herausforderungen, die die Integration mit sich brächten, gleichmäßig verteilt würden. Nur so werde man hier dauerhaft erfolgreich sein.

„Ich kann nachvollziehen, dass es viele Menschen, die zu uns kommen, in Richtung der größeren Städte zieht. Allerdings erhöht dies die Gefahr der Überforderung und der Bildung von Ghettos. Hier müssen wir aktiv gegensteuern“, so die CDU-Abgeordnete.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4425.pdf>

Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4411.pdf>



Integrationspolitikerin Astrid Damerow

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de